

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe September 2009



Ampermoos: Eine unendliche Geschichte

Seit über 20 Jahren besteht nun schon die Forderung nach einer Anhebung des Grundwasserspiegels im Ampermoos. Es ist eine traurige Tatsache, dass das Vorhaben noch immer nicht in die Tat umgesetzt wurde. Der Planfeststellungsbeschluss ist seit drei Jahren auf dem Tisch und kann nur wegen weiterer Klagen durch eine Grafrather Familie und 22 Echingener Anwohnern nicht umgesetzt werden.

Im Laufe des Beweissicherungsverfahrens durch das Wasserwirtschaftsamt konnten die Argumente und Befürchtungen der Kläger zwar zum Teil ausgeräumt werden, aber das Verwaltungsgericht hat dann entschieden, dass Kläger und WWA über ein dringliches Nutzungsrecht der betroffenen Flächen verhandeln sollen. Das heißt grundbuchgesichertes Nutzungsrecht gegen Entschädigung. Das zieht sich nun auch wieder in die Länge! Kann es sein, dass die Kläger um die Höhe der

Entschädigung pokern? Und so wird es noch lange dauern, bis das Ampermoos wieder als Lebensbereich für seltene Pflanzen und Tierarten gesichert wird.

Auf eine Anfrage von Dr. Martin Runge, MdL, am 8.4.2008 danach, wie viel Geld bislang für Untersuchungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Ampermoosprojekt ausgegeben wurde und bis wann die Staatsregierung damit rechnet, dass die noch offenen Entschädigungsfragen geregelt sind, bekam er folgende Antwort:

- Für die Gutachten und Untersuchungen zur Erarbeitung des Pflege- und Entwicklungsplanes, eine erste vegetationskundliche Nachkartierung der Dauerbeobachtungsfläche für das NSG Ampermoos, sowie wasserrechtliche Untersuchungen in Verbindung mit dem Planfeststellungsverfahren

wurden bisher insgesamt 472.000.-Euro aufgewandt.

- Weiter heißt es in der Antwort der Staatsregierung: Verglichen mit dem Zeitaufwand für andere derartige Projekte liegt die Realisierung der einzelnen Projektschritte, insbesondere die Abwicklung der rechtsstaatlich erforderlichen Verwaltungsverfahren beim Ampermoos durchaus im Schnitt.

Die für das Projekt erforderlichen Grundflächen in Privateigentum wurden bereits erworben, Bewirtschaftungsvereinbarungen abgeschlossen.

Schluss mit der Verzögerungstaktik!

Auf Klagen gegen den schon im Januar 2006 erlassenen wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss hat das Verwaltungsgericht München am 23.10.2007 entschieden, dass mit der Gemeinde und mit einzelnen betroffenen Grundstückseigentümern noch Entschädigungsfragen oder Gegenmaßnahmen gegen eventuelle Vernässungsschäden geregelt werden müssen. Die Verhandlungen darüber sollten im Laufe des Jahres 2008 abgeschlossen werden.

Dann wird's jetzt aber Zeit, dass das Gericht dieser endlosen Verzögerungstaktik ein Ende bereitet. Das Ampermoos ist ein Verlandungsmoos und nach der letzten Eiszeit entstanden. Es hat eine Fläche von rund 600 Hektar und ist eines der wichtigsten Niedermoore Deutschlands. Im Jahr 1982 wurde eine Fläche von 592 Hektar als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Als Teilfläche des Ramsar-Gebiets Ammersee ist es ein Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung. Eine ebenso große Bedeutung hat es beim Hochwasserschutz. Bevor die Amper, verwandelt in einen reißenden Fluss durch die Schneeschmelze oder Starkregen, über die Ufer tritt, muss der Ammersee voll laufen. Wenn dieser dann überläuft, saugt das Ampermoos wie ein Schwamm unglaubliche Wassermengen auf. Erst wenn das Ampermoos auch keine Aufnahmekapazität mehr hat, wird es brenzlich für alle Anwohner, die zu nah dran sind. Siehe Pfingsthochwasser 1999, da hatten die Einsatzkräfte und Helfer genug Zeit, sich auf die kommende Flut vorzubereiten.

Es darf doch nicht möglich sein, dass ein paar Menschen über den Niedergang eines derart wichtigen Naturschutzgebietes bestimmen!



Was passiert überhaupt bei einer Anhebung des Grundwasserspiegels um 40 cm, durch den Einbau einer Sohlschwelle bei Grafrath?

Die stark künstlich vertiefte Amper kann nicht mehr den notwendigen Gegendruck aufbringen um das Grundwasser im Moos zu halten, so dass das Grundwasser über die Amper abfließt. Eine Anhebung des Grundwasserspiegels ist also unumgänglich, um das Ampermoos zu retten. 40 cm, das ist etwa kniehoch. Eine Anhebung des Wasserspiegels um diese 40 cm macht sich am stärksten direkt bei der Sohlschwelle bemerkbar, also in Grafrath. Je weiter weg davon ist es kaum noch spürbar, die Echinger haben also kaum etwas zu befürchten. Bei Trockenheit ist die Auswirkung der Sohlschwelle auf das Ampermoos um so wichtiger. Auf die Anlieger ist der höhere Grundwasserspiegel in dieser Zeit absolut unbedeutend. Steigt aber nun der Wasserstand auf Grund von Regenperioden, wirkt sich die Sohlschwelle sowieso nicht mehr aus, da das Wasser höher als die 40 cm steigt, und hat somit keine zusätzliche Wirkung auf den Wasserstand in den Grundstücken der Anwohner. Am allerwenigsten in Eching. Das Echinger Sportgelände ist bekannter Weise in eine vom Hochwasser bedrohte Zone gebaut und somit nicht erst durch eine Sohlschwelle in Grafrath bedroht.

Kinderkrippe in Grafrath – Marthashofen

Nachdem wir in der letzten Ausgabe über den geplanten Neubau der Kinderkrippe in Grafrath – Höfen schrieben, wurden wir zu Recht darauf hingewiesen, dass dies nicht die erste und einzige Grafrather Kinderkrippe ist. Deshalb nun ein Bericht über die bereits vorhandene Kinderkrippe in Marthashofen.

Dort sind insgesamt 12 Kinder im Alter von ein bis drei Jahren untergebracht und werden von drei Erzieherinnen betreut. Die Kinderkrippe ist montags bis donnerstags ganztags geöffnet, sowie freitags bis 14.30 Uhr.

Die Kinder werden dort, wie auch in dem benachbarten Kindergarten, im Sinne der Waldorf-Pädagogik liebevoll betreut.

Kinder im Alter von einem bis drei Jahren lernen vor allem durch Nachahmung. Sie sind noch ganz offen ihrer Umgebung gegenüber. Alles was auf sie an Sinnesreize, Gefühle, und Atmosphäre einwirkt, wird ungefiltert aufgenommen. Deshalb wollen die Erzieherinnen eine Umgebung schaffen, die eine gesunde Sinnesentwicklung schafft und vor Überreizung der Sinne schützt. Durch natürlich gestaltete Räume mit einfachem Spielzeug aus verschiedensten Naturmaterialien sollen diese Ziele erreicht werden. Natürlich gehört dazu auch eine gesunde Ernährung mit Lebensmitteln aus biologischem Anbau.

Jedes Kind soll sich in Ruhe in seinem eigenen Tempo mit sich selbst und der Welt vertraut machen können. Der Entfaltungsspielraum soll deshalb nicht durch vorgegebene Beschäftigungen eingeschränkt werden.

Die Kinder begegnen außerdem der Natur bei jedem Wetter, stärken so ihre Lebens- und Abwehrkräfte und lernen das Sozialverhalten.



Großen Wert legt die Kinderkrippe auch auf die Zusammenarbeit mit den Eltern. Das beginnt bei den gemeinsamen Gesprächen, Gruppenelternabenden und setzt sich fort in praktischer Mithilfe z.B. bei gärtnerischen Arbeiten, Festvorbereitungen usw. Eine Elternbücherei mit pädagogischer Literatur gibt den Eltern weitere Anregungen.



Der S-Bahnhof Grafrath soll wiederbelebt werden

Wieder einmal steht das Kiosk-Gebäude am Bahnhof leer. Die Bahn hat in den letzten Jahren kein großes Interesse gezeigt, daran etwas zu ändern. Nun hat die Bundesbahn ihre Absicht signalisiert, das Bahnhofsgebäude zu verkaufen. Die Gemeinde Grafrath hat sich nun entschlossen, das Bahnhofsgebäude samt Kiosk zu erwerben. Damit soll auch verhindert werden, dass hier Einrichtungen entstehen, die nicht auf positive Resonanz in der Bevölkerung stoßen. Wir unterstützen diesen Schritt und wünschen uns, dass am Bahnhof sowohl für Reisende als auch für Grafrather ein Ort zum Verweilen entsteht. Im Kioskgebäude könnte ein Cafe oder Bistro mit Zeitungs- und Fahrkartenverkauf entstehen. Denkbar sind weiterhin im Bahnhofsgebäude ein Laden oder eine Fahrrad-Werkstatt. Wir würden uns freuen, wenn von Seiten der Bevölkerung weitere Ideen an die Gemeinde herangetragen werden. Besonders wichtig ist uns, dass sich schnellstmöglich ein Betreiber für das Kioskgebäude findet.



Grafrather Bahnhofskiosk um 1930

Mobilität neu denken!

Interview mit Toni Hofreiter, MdB BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Verkehrspolitischer Sprecher

Toni, Du bist nun seit September 2005 Mitglied im deutschen Bundestag und sitzt im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Zu Deinen politischen Schwerpunkten gehören der Naturschutz, die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie, die solidarische Gestaltung der Globalisierung und die Verkehrspolitik. Ist es Dir während dieser Legislaturperiode gelungen, Teile Deiner Ziele und Erwartungen in realpolitische Maßnahmen (Gesetze) umzusetzen?

Da wir ja der Opposition angehören, war es uns leider nicht möglich, unsere Ideen und Vorschläge in Gesetze umzusetzen. Allerdings können wir auch einige Erfolge verzeichnen: So haben wir dazu beigetragen, die Bahnprivatisierung zu verhindern und den Anstoß gegeben zur Aufklärung

von Veruntreuung von Steuergeldern im Zusammenhang mit der Autobahnprivatisierung. Ein weiterer Fortschritt ist die zunehmende Akzeptanz grüner Ideen und Wertvorstellungen quer durch alle Gesellschaftsbereiche, sowie die allgemein anerkannte Erkenntnis um die Wichtigkeit der Bekämpfung des Klimawandels.

Grafrath und Kottgeisering sind weit außerhalb von München angesiedelt und daher stark auf das S-Bahn- und Busnetz angewiesen. Hältst Du die derzeitige ÖPNV-Politik für ausreichend, um dem Auto in Zukunft eine ernsthafte Konkurrenz zu bieten? Und in wie weit siehst Du nun die Kommunen, das Land und die Staatsregierung gefordert, Verbesserungen wie den Ausbau des 10-Minuten-Takts, Fahrpreiskür-

zung oder den Ausbau des Schienennetzes herbeizuführen?

Ganz offensichtlich ist der ÖPNV nicht ausreichend. Es fehlt unter anderem an einem kundenfreundlichen Takt und an Zuverlässigkeit. Auch die hohen Preise sind nicht gerade motivierend, um Kunden an sich binden zu können. Der Bund gibt jedes Jahr rund eine Milliarde Euro an den Freistaat für Neuinvestitionen und Instandhaltungskosten und doch scheinen diese Mittel bis heute nicht beim Kunden anzukommen. Hier muss die Bundesregierung mehr Druck aufbauen und sicherstellen, dass ihre finanzielle Unterstützung auch dort investiert wird, wo sie am meisten benötigt wird.

Die Bahn das Rückrat der Zukunft ...

Trotz kontinuierlich steigender Fahrpreise und eines wachsenden Imageproblems der Bahn sehen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN weiterhin in ihr das Verkehrssystem der Zukunft. Hältst du dies für realistisch und was müsste dafür nun auf politischer Seite geschehen um die „Grüne Zukunft“ zu verwirklichen?

Ja, das sehe ich ganz genauso. Die Bahn ist ohne jeden Zweifel das Rückrat der Zukunft, auf das wir in einem nachhaltigen Verkehrssystem nicht verzichten können. Allerdings muss der Bund seiner Rolle als 100 %iger Eigentümer gerecht werden und festlegen welchen Kurs die Bahn in Zukunft nehmen soll. Unter anderem fordern wir einen massiven Ausbau der Landesbahn, ein flächendeckendes Angebot bzw. Netz von Anschlussmöglichkeiten und die Reduzierung der Fahrpreise. Es ist jedoch zu betonen, dass selbst unter diesen hochgesteckten Zielen die Bahn ein profitorientiertes Unternehmen sein kann. Schließlich wäre die Konsequenz ein massiver Fahrgastanstieg und somit eine Vervielfachung der Einnahmen.

Neben dem Auto stellen die überbilligten Angebote von Fluggesellschaften

die größte Konkurrenz zur Bahn dar. Sind diese Preise gerechtfertigt und wie könnte die Mobilität unserer Gesellschaft auch ohne Fliegen gewährleistet werden?

Natürlich nicht. Die gegenwärtigen Flugpreise sind nur auf Grund von indirekten Subvention überhaupt möglich. Der Flugtreibstoff Kerosin wird bis heute nicht besteuert und schafft somit einen vollkommen falschen und kontraproduktiven Anreiz zum Fliegen. Das Verkehrssystem der Zukunft kann aus ökologischen und klimapolitischen Gründen nur die Vernetzung von Bahn, Elektroauto und ÖPNV heißen.

Abwrackprämie ökologisch und ökonomisch kurzfristig ...

Im Zuge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung die sogenannte Abwrackprämie eingeführt. Die Kosten diese Konjunkturprogramms betragen 5 Milliarden Euro. Wie siehst Du diese Maßnahme aus ökologischen aber auch ökonomischen Gesichtspunkten?



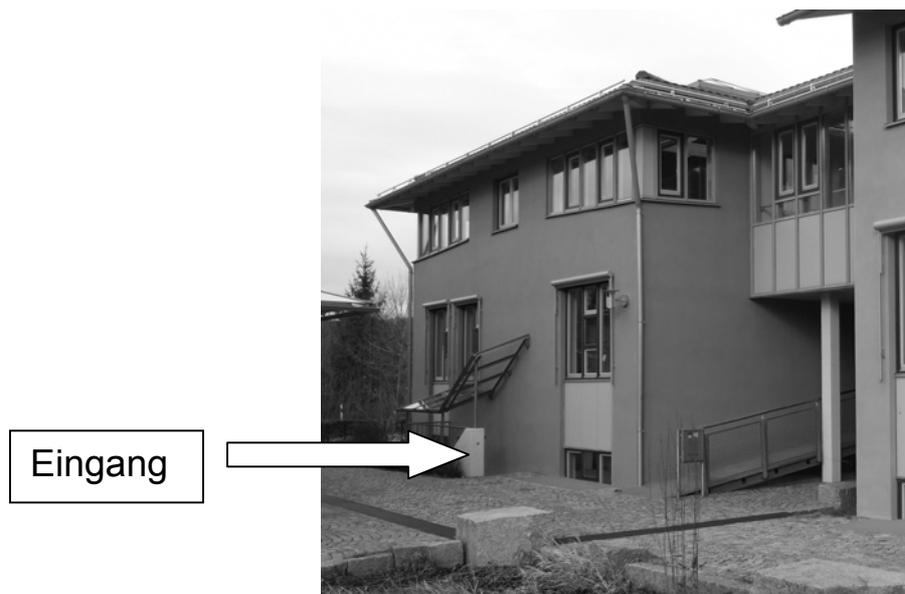
Diese Konjunkturspritze war aus ökologischer aber auch aus ökonomischer Sicht äußerst kurzfristig. Einerseits wurde nicht zwischen energiesparsamen Modellen und Schluckspechten unterschieden und somit wieder kein Anreiz für eine zukunftsfähige Automobilwirtschaft geschaffen. Andererseits ist der ganze Effekt nur vorgezogen und wird den Staat aber auch die Wirtschaft noch teuer zu stehen kommen. Sobald die staatlichen Förderungen auslaufen, hat dies natürlich auch fatale Konsequenzen auf die deutsche Nachfrage nach neuen Autos. Ein Einbruch dieser ist dann wohl unvermeidlich.

Ich möchte jedoch betonen, dass eine Konjunkturspritze durch den Staat zum damaligen Zeitpunkt wohl unvermeidlich war. Doch hätte man mit diesem Geld genauso gut auch einen nachhaltigen und innovativen Anreiz für unsere Wirtschaft schaffen können, dessen positiver Effekt über diese Wahlperiode hinausgeht.

Die kommende Bundestagswahl wird entscheidende Auswirkung auf die Verkehrspolitik der kommenden Jahre haben. Wieso siehst Du die Wählerstimme am Besten bei den Grünen aufgehoben?

Wir GRÜNE stehen für eine Verkehrspolitik für alle. Nicht nur für die, die sich ein Auto leisten können und auch wollen. 50 Prozent unserer Bevölkerung hat keinen uneingeschränkten Zugang zu einem Automobil. Sie fallen somit bei der gegenwärtigen Verkehrspolitik schlichtweg durch. Mobilitätspolitik von heute für morgen bedeutet die Schaffung gleichen Zugangs und Lebensqualität für alle. Junge, Alte, Geringverdienende und Behinderte werden ausgeschlossen und bleiben unberücksichtigt. Wir stehen für eine gerechte und nachhaltige Verteilung unser Gelder, in die Bahn und den ÖPNV. Für eine gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger.

Jugendtreff Grafrath ...



... noch immer unsichtbar neben dem Rathaus

Der neue Jugendtreff lädt alle Jugendlichen ein:

Di 17 bis 22 Uhr
(insbesondere für die Jüngeren ab 12 Jahre)
Fr 17 – bis 22 Uhr
Sa 15 bis 22 Uhr

Ab Oktober diesen Jahres soll eine Betreuung für zusätzlichen Schwung sorgen.

Atomkraft – kein Weg aus der Klimakrise!



Der Widerstand gegen die Energiegewinnung durch Kernspaltung war eine wesentliche Triebkraft zur Gründung der Grünen und gehört noch immer zu den wichtigsten Anliegen der Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist eine wesentliche Leistung der GRÜNEN in der letzten rot-grünen Bundesregierung.

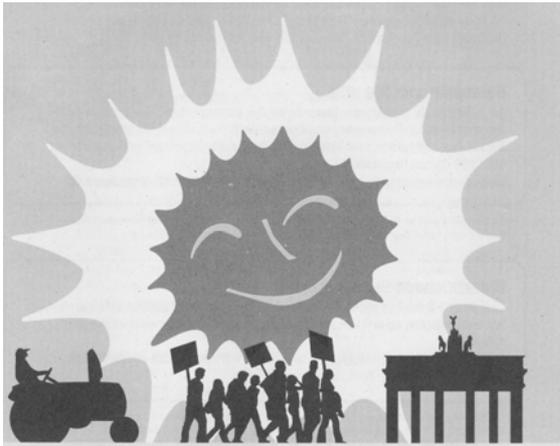
Die Energiegewinnung aus Atomkraftwerken wird weltweit zu einer Dinosaurier-Industrie. Es werden nur noch wenige Kraftwerke neu gebaut. Die Risiken der Beherrschbarkeit und die immer noch ungelöste Entsorgungsfrage haben dazu geführt, dass die Atomtechnologie seit längerem den Ruf einer Zukunfts-Industrie verloren hat.

Warum haben CDU/CSU und FDP den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ jetzt immer noch auf ihre Fahnen geschrieben? Warum wollen sie eine weitere Laufzeitverlängerung für unsere alten Kernkraftwerke und in letzter Konsequenz den Neubau von Kernkraftwerken?

Der Klimaschutz, genauer gesagt, die bedrohlichen Klimaveränderungen durch das von Menschen freigesetzte Kohlendioxid (CO₂) werden in letzter Zeit zu Recht in der Gesellschaft als drängendes Problem

wahrgenommen. Da Kernkraftwerke große Mengen Energie weitestgehend ohne Freisetzung von CO₂ erzeugen, soll uns jetzt die Atomkraft als ein probates Mittel verkauft werden, um der Klimaproblematik Herr zu werden. Denn bei der Laufzeitverlängerung geht es um viel Geld: Für die älteren – und in den nächsten Jahren zur Stilllegung anstehenden – Atomkraftwerke ergeben sich „Zusatz“erträge von durchschnittlich 200 bis 300 Mio. Euro jährlich, für die neueren Anlagen betragen die jährlichen Zusatzerträge 300 bis 400 Mio Euro. Über alle (aktuell noch betriebenen) Atomkraftwerke und alle Betreiber summieren sich diese Zusatzerträge für jeweils ein Jahr Laufzeitverlängerungen auf ein Gesamtvolumen von 4,6 bis 6,2 Mrd. Euro. In der Tat ist die Freisetzung von CO₂ bei der Energiegewinnung durch Kernspaltung sehr gering. Hier schlägt Kernenergie die meisten anderen Energiequellen. Doch hat sich der Blickwinkel in letzter Zeit zu sehr auf das Kohlendioxid verengt, als ob es nicht noch eine Menge anderer Abfälle und Abgase gäbe, die unsere Umwelt und damit unsere Zukunft bedrohen. Kernenergie wird noch lange nicht zur „sauberen Energie“, bloß weil sie eine von vielen Umweltsünden unterlässt.

Sicherheit nach Tschernobyl?



Ein Kernkraftwerk ist mit zahlreichen Regelmechanismen ausgestattet, die eine unkontrollierte Kernschmelze verhindern sollen. Die Wahrscheinlichkeit für diese große Katastrophe ist bei modernen Kraftwerken in der Tat sehr gering. Mit einer größeren Anzahl von Kernkraftwerken erhöht sich aber auch die Gesamtwahrscheinlichkeit für den „größten anzunehmenden Unfall“ (GAU), also das Durchschmelzen der Brennelemente im Reaktor, was anschließend zu einer ähnlichen Verseuchung führt, wie die Explosion einer Atombombe.

Nun wissen wir aber seit der Katastrophe in Tschernobyl 1986, dass ein solcher GAU durchaus passieren kann und welche gravierenden gesundheitlichen Folgen sich über lange Zeit und für große Gebiete ergeben. Schätzungen gehen von 30000 bis 60000 zusätzlichen Krebstoten aufgrund von Tschernobyl aus. Hinzu kommt eine große Zahl von Fehlbildungen und Totgeburten.

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines solchen GAU bei modernen Kernkraftwerken gering ist, muss man sich fragen, ob es überhaupt verantwortbar ist, Anlagen mit einem derartigen Gefahrenpotential in Betrieb zu nehmen. Zudem sind viele Atomkraftwerke alles andere als modern. Technische Pannen sind an der Tagesordnung, wie zuletzt im deutschen Kernkraftwerk Krümmel.

Schleichend verstrahlte Umwelt

Neben der direkten Abstrahlung von Kernkraftwerken geben vor allem die radioaktiven Stoffe, die in geringen Mengen beim

Kraftwerksbetrieb austreten, Anlass zu Bedenken. Diese können sich in Nahrungsketten anreichern und so mit verstärkter Konzentration in den menschlichen Körper gelangen. Immer wieder gibt es Studien, die z.B. das verstärkte Auftreten von Leukämie im Umkreis von Atomkraftwerken nachweisen – und solche, die dagegen sprechen. Man darf dabei nicht vergessen, dass die finanzkräftige Atom-Lobby stark daran interessiert ist, eventuelle Gesundheitsschäden durch Atomkraftwerke zu vertuschen.

Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Im Betrieb eines Atomkraftwerks entsteht eine Vielzahl z.T. hoch radioaktiver Spaltprodukte. Einige davon behalten ihre Giftigkeit über Jahrhunderte oder sogar Jahrtausende. Noch niemand konnte auch nur plausibel machen, wie eine sichere Lagerung über so lange Zeiträume realisiert werden könnte. Auch hier sind wir inzwischen schon durch Erfahrung schlauer: Im aktuellen 5. Jahrzehnt der sog. friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland ist immer noch kein Endlager für den Atommüll etabliert. Vielmehr liegen die meisten ausgebrannten und damit stark radioaktiven Brennelemente in Zwischenlagern, oft bei den Kraftwerken. Seit den späten 60er Jahren werden im ehemaligen Salzbergwerk Asse „versuchsweise“ radioaktive Abfälle gelagert und nicht einmal 40 Jahre später zerfrisst Salzlake die Fässer und schwemmt radioaktive Stoffe aus. Und dabei sollten gerade Salzstollen – wie in Gorleben – über Jahrtausende stabil und sicher sein. Trotzdem halten CDU/CSU an den Endlagerplänen für Gorleben fest. Eine dermaßen unverantwortliche Politik gehört abgewählt!

Atommüll lässt sich nicht recyceln!

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass mit der sog. Wiederaufbereitung von alten Kernbrennstäben der Atommüll gewissermaßen recycelt und damit vermieden wird. Tatsächlich wird dabei aber lediglich spaltbares Material, insbesondere das auch für Atomwaffen bestens geeignete Plutonium, von den radioaktiven Spaltprodukten in aufwändigen Verfahren che-

misch getrennt. Abgesehen davon, dass hierbei noch mehr radioaktives Material als bei den Kernkraftwerken selbst in die Umwelt gerät, erhöht sich das Volumen der Abfälle um ein Vielfaches. Wiederaufbereitung ist also keine Lösung, sondern eine Verschärfung des Problems.



Die nachfolgenden Generationen zahlen für die Folgen

Kein Unternehmer würde ein Kernkraftwerk bauen, wenn er für alle Kosten, Risiken und insbesondere Folgekosten durch das Atommüllproblem gerade stehen müsste. Keine Versicherung der Welt versichert Kernkraftwerke. Nur massive staatliche Subventionen und die Übernahme des gesamten Risikos durch den Staat machen Kernkraftwerke überhaupt mög-

lich. Den Preis, den wir und unsere Kinder dafür bezahlen müssen, kennt niemand.

Ein „Ausstieg aus dem Ausstieg“ würde auch bedeuten, dass Milliarden Steuergelder in eine äußerst fragwürdige Technologie fließen, und somit nicht mehr für die Erschließung wirklich sauberer, erneuerbarer Energiequellen (Sonnen-, Wind-, Bioenergie) zur Verfügung stünden.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Abhängigkeit von Brennstofflieferanten. Ironischerweise stammt der Großteil des heute in Deutschland verwendeten Urans genau aus dem Land, von dem sich Deutschland – glaubt man der Rhetorik der Bundesregierung - unabhängiger machen will: aus Russland. Und mit dem beängstigenden Anstieg der Erdölpreise vor der Finanzkrise ging auch ein gewaltiger Preisanstieg für Uran einher.

Es liegt auf der Hand, dass Atomkraft erheblich mehr Probleme verursacht als löst. Die Argumente haben ihre Gültigkeit heute nicht verloren, alleine das ungelöste und wohl unlösbare Atommüllproblem ist Grund genug, auf Kernenergie zu verzichten. Es ist unverantwortlich, auf diese Technologie zu setzen, anstatt alle Anstrengungen auf eine möglichst zügige Umstellung auf saubere, erneuerbare Energiequellen zu richten.



Ausstieg selber machen - Stromanbieter wechseln !

Auch Sie können einen kleinen Beitrag zum Atomausstieg leisten:

Wechseln Sie zu einem Anbieter, der keinen Atomstrom verkauft, oder noch besser, wählen Sie einen Versorger, der ausschließlich erneuerbare Energien anbietet.

Vor kurzem musste die Deutsche Umwelthilfe bei ihrer Auswertung der aktuellen Stromtarife feststellen, dass ein hoher Atomstrom-Anteil mit einem höheren Verbrauchspreis einhergeht. Ein Durchschnitts-Haushalt mit 3000 Kilowattstunden bezahlt nach den vorliegenden Daten bei einem atomfreien Anbieter im Mittel rund 720 Euro im Jahr, bei einem Anbieter mit 50% Atomstrom hingegen 740 Euro.

Folgende Seiten im Internet geben dazu konkrete Hilfe zum leichten Wechsel des Stromanbieters

<http://www.atomausstieg-selber-machen.de/>

<http://www.projektwerkstatt.de/strom/tarife.html>

Grundeinkommen für alle

Zeit zum Umdenken - wer neue Wege beschreiten will, muss Visionen haben



Firmeninsolvenzen, Kurzarbeit, die Gefahr für immer mehr Menschen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, oder den eigenen Kleinbetrieb nicht mehr retten zu können, bestimmen die Schlagzeilen in der aktuellen Krise. Niemand kann genau sagen, ob oder wann die Talsohle erreicht ist. Das soziale Netz, in den letzten Jahren schon immer grobmaschiger geworden, lässt Arbeitslose schnell auf Hartz-IV-Niveau fallen. Die Frage nach der Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme wird immer lauter gestellt. Eine Politik, die den Menschen, seine Würde und den Erhalt seiner natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt, kann nicht an althergebrachten oder marktradikalen Konzepten festhalten. Angesichts einer immer weiter auseinanderdriftenden Schere in der Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland und angesichts steigender Produktivität bei gleichzeitig sinkender Zahl der Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung muss die Finanzierung und Verteilung von Transferleistungen durch den Staat überdacht werden. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ist ein alternatives Modell für eine lohn-unabhängige Existenzsicherung.

Der Idee liegt folgender Gedanke zugrunde: Es ist eine Frage der Menschenwürde, dass jeder Mensch einen individuellen Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen hat. Der Wert und die Würde des Menschen definieren sich nicht darüber, ob er Arbeit hat und welche Arbeit er verrichtet.

Der Staat soll also jedem Menschen, egal ob er einer bezahlten Arbeit nachgeht oder nicht, den gleichen Betrag als Grundeinkommen auszahlen.

Noch nie war die Gesellschaft so reich wie heute. Denn noch nie konnten die zum Leben notwendigen Güter mit so wenig Arbeit hergestellt werden. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind also vorhanden.

Damit hätte die Entwürdigung auf Ämtern ein Ende. Niemand wäre mehr gezwungen, nutzlose oder schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Nicht mehr jede unsinnige Produktion – und sei sie noch so umweltschädlich – müsste aufrecht erhalten und staatlich subventioniert werden, nur weil sie Arbeitsplätze bietet. Männer und Frauen könnten frei über den Teil ihrer Familienarbeit, die Zeit mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienangehörigen

gen entscheiden. Selbständige würden bei einem Scheitern ihrer Geschäftsidee nicht ins Bodenlose fallen.

Wie lässt sich das bezahlen?

Ein Teil wäre sicher schon durch den Wegfall der Kosten, die HartzIV und andere Sozialleistungen mit ihrem immensen bürokratischen Aufwand der Bedürftigkeitsprüfung gedeckt. Natürlich müsste der größte Teil über höhere Steuern finanziert werden. Über die Art der Steuerfinanzierung gibt es unterschiedliche Vor-

stellungen. Wissenschaftler um den Drogerie-Unternehmer Götz Werner plädieren dafür, ein Grundeinkommen allein aus einer hohen Steuer auf alle Konsumgüter zu bezahlen. Ein anderes – auch von Grünen favorisiertes – Konzept sieht vor, alle Einkommensarten mit einer mit der Höhe des Einkommens steigenden entsprechend hohen Steuer zu belegen. So geben reiche Menschen und Großverdiener – obwohl sie natürlich auch ein Grundeinkommen bekommen – dieses in Form höherer Steuern wieder an die Allgemeinheit zurück.

Bundestagswahl am 27. September:



Großer Open Air-
Wahlkampfabschluss
mit Claudia Roth und
Renate Künast.

Es spielen: Die Cuba Boarischen

Auf dem Münchner Marienplatz

Grün wählen!

Totenstille um das Klosterwirtareal ?



„Es gibt.....nichts Neues zu berichten“

Hinter diesem einzigen Satz im Mitteilungsblatt der Gemeinde Grafrath verbirgt sich der ganze Stillstand in der Diskussion um die Zukunft der alten Traditionsgaststätte „Klosterwirt“ mit samt dem Umfeld.

Offenbar ist das Interesse der CSU und der Freien Wähler, die mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat das Konzept des Vereins Klosterhof abgelehnt haben und schon seit längerer Zeit eigene Konzepte vorlegen wollten, an einer schnellen Lösung nicht sehr groß.

Noch immer wartet die Gemeinde auf angekündigte aussagefähige Finanzierungskonzepte und zukünftige Investoren.

Ein Jahr nach dem Bürgerentscheid wird es Zeit, dass der Gemeinderat Verantwortung übernimmt und nicht länger zuschaut, wie die Gebäude weiter verfallen und auf der anderen Seite sinnvolle Ansätze zur Bebauung und Nutzung des Areals - wie vom Verein Forum Klosterhof vorgeschlagen - im Papierkorb landen.

Mehr Information auf unserer Internetseite: <http://www.gruene-grafrath.de/ort.htm>

.

Redaktion:
Helma Dreher
Elke Struzena
Roger Struzena
Orlando Zaddach
Andreas Gottwald

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592